

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

I Wohlstand für alle

Steuern, Haushalt, Finanzen, Wirtschaft / Aufbau Ost / Energie / Bürokratieabbau

Steuern und Entlastung

Sofortprogramm zum 01.01.2010 mit

- Steuerstrukturreform mit Stufentarif möglichst zum 1. Januar 2011.
- Anhebung des Grundfreibetrages schon zum 1.1.2010 in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro
- Erhöhung des Kindergeldes um je 20 Euro.

Erbschaftssteuer

- Die Regelungen der Erbschaftsteuer werden entbürokratisiert, familienfreundlicher, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher gestaltet
- Senkung der Belastungen für Geschwister und Geschwisterkinder.
- Krisenfeste Gestaltung der Bedingungen für die Unternehmensnachfolge

Umsatzsteuer

- Bei der Umsatzsteuer soll geprüft werden, wie das Prinzip der Ist-Besteuerung der Umsätze ausgeweitet werden kann. Dies soll dem Umsatzsteuerbetrug entgegenwirken und die Zahlungsmoral verbessern.
- Eine Kommission soll den Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze überprüfen.
- Die Umsatzbesteuerung von Postdienstleistungen ist mit Blick auf die jüngste EuGH-Rechtsprechung umgehend so anzupassen, dass keine steuerliche Ungleichbehandlung mehr besteht.

Weitere Entlastungen

- Entschärfung von Beschränkungen bei der Unternehmensbesteuerung. (Zinsschranke, etc.).
- Unterstützung der Abzugsfähigkeit bei der Krankenversicherung (14. Mrd)
- Zusammengenommen werden die Bürger damit zum 1.1.2010 in einem Gesamtvolumen von 21. Mrd. Euro entlastet. Ab dem 1.1.2011 kommen mit dem Stufentarif dann jährlich 17 Mrd. Euro dazu. Das Entlastungsvolumen liegt damit 24 Mrd. Euro pro Jahr.
- Zudem soll eine Reihe von Steuervereinfachungen die Steuererklärung vereinfachen.

Bürokratieabbau

Nettoziel von 25 % beim Bürokratieabbau

- Die gemessenen Kosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten für den Mittelstand sollen bis 2011 um 25 Prozent gegenüber dem Jahr 2006 reduziert werden.
- Der Bürokratieabbau soll auch auf europäischer Ebene vorangebracht werden und es soll auf plausible Folgekostenschätzungen für Regelungsvorhaben der EU bestanden werden.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Beschleunigung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren und Errichtung von Modellregionen für den Bürokratieabbau.

Öffentliche Haushalte

Verbesserung der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand / vergabefremde Aspekte

- Verbesserung der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand. Die 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder Aspekte bei der Auftragsvergabe wird in ihrer Wirkung geprüft und gegebenenfalls korrigiert
- Strikter Konsolidierungskurs für die öffentlichen Haushalte zur Überwindung der Krise

Arbeitsmarkt

- Beseitigung beschäftigungsfeindlicher Barrieren auf dem Arbeitsmarkt
- Bundesagentur für Arbeit soll einer Aufgabenkritik unterzogen werden
- Steigerung der Effizienz bei den Arbeitsmarktinstrumenten mit dem Ziel, vor Ort ein hohes Maß an Ermessenspielraum zu erreichen
- Stärkung des Tarifausschusses und einvernehmliche Regelung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen im Kabinett
- Evaluation der bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn bis Oktober 2011 als Grundlage für die Entscheidung, ob geltende Mindestlohnregelungen Bestand haben oder aufgehoben werden sollen
- Wiedereinführung der Ermöglichung von erneut sachgrundlos befristeten Beschäftigungsverhältnissen
- Dynamisierung der Grenze sozialversicherungsfreier Mini-Jobs und Verbesserung der Hinzuverdienstregelungen als Anreiz zur Arbeitsaufnahme
- Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden sollen durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut werden.
- Geplante Entwicklung eines Ehrenkodex für Betriebsräte

Mittelstand

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe
- Selbständigkeit soll attraktiver gemacht werden und eine neue Gründerdynamik angestoßen werden
- Prüfung der Einführung von Innovationsgutscheinen in Abstimmung mit den Länderprogrammen

Wettbewerb

- In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird als ultima ratio ein Entflechtungsinstrument integriert
- Zur Sicherung freier und fairer Märkte setzt die Koalition sich ein unabhängiges europäisches Kartellamt ein.

Energie

Energieeffizienz ohne überzogene Regulierung

- Durch marktorientierte und technologieoffene Rahmenbedingungen, die stärker auf Anreiz und Verbraucherinformation und weniger auf Zwang setzen, sollen die enormen Potentiale im Bereich Energieeffizienz gehoben werden.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken

- Bereitschaft, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern
- Definition der Kernenergie als eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann

Auflösung des Investitionsstaus bei der Energieinfrastruktur / Ausrüstung der Stromnetze mit intelligenter Technik

- Zügige Umsetzung des dritten Binnenmarktpaketes Strom und Gas
- Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Modernisierung der Energienetze zu intelligenten Netzen und Verbindung der Stromnetze mit Informations- und Kommunikationstechnik zu einem Element des effizienten Netzbetriebs
- Weitere Beschleunigung der Planungsverfahren im Leitungsbau.
- Die Übertragungsnetze sollen in einer unabhängigen und kapitalmarktfähigen Netzgesellschaft zusammengeführt und die Grenzkuppelstellen weiter ausgebaut werden.

Abbau der Überförderung bei erneuerbaren Energien

- Ziel ist es, die erneuerbaren Energien so schnell wie möglich markt- und speicherfähig zu machen. Über- oder Unterförderungen sind zu vermeiden.

Verbesserung wettbewerblicher Strukturen im Energiebereich

- Einrichtung einer Markttransparenzstelle, die über alle Informationen verfügt, um zeitnah eine transparente Preisbildung im Stromgroßhandel zu sichern
- Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen im grenzüberschreitenden Stromhandel durch ein besonders marktfreundliches Engpassmanagement und durch eine Zweckbindung der Engpasserlöse.
- Die Gasmarktgebiete sollen auf höchstens zwei Gebiete (je ein Gebiet für H-Gas und L-Gas) reduziert werden

Technologie

- Nanotechnologie, Mikroelektronik, Pharmaforschung und industrielle Biotechnologie werden als Chance gesehen und nicht als Bedrohung
- Der Vorsprung in den Umwelttechnologien soll ausgebaut werden

Moderne, leistungsfähige Infrastruktur

VIFG

- Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) zur Verringerung der Haushaltsabhängigkeit von Investitionsprojekten
- Prüfauftrag zugunsten des Finanzierungskreislaufs Straße unter direkter Zuweisung der LKW-Maut

Maut

- Ausschluss der Erhöhung der LKW-Maut in der Legislaturperiode, auch im Hinblick auf ggfs. einzubeziehende externe Kosten.

Bahn

- Einleitung der Privatisierung der Transport- und Logistiksparten, sobald der Kapitalmarkt dies zulässt, Infrastruktursparten werden nicht privatisiert

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Die Netzsparte verbleibt im Konzern, die Leitung erfolgt aber künftig unabhängig und Doppelmandate werden beendet
- Mittelzuwendungen des Bundes für die Infrastruktur erfolgen direkt an die DB-Infrastrukturgesellschaften

DFS – Deutsche Flugsicherung

- Die Privatisierung der DFS – Forderung der FDP – ist mit einem Prüfauftrag verbunden; trotz Ablehnung durch die Union
- ***Umwelt / Landwirtschaft / Verbraucherschutz, Bauen / Wohnung / Verkehr***

Klimaschutz, Umwelt

Marktwirtschaftliche Leitlinien für ein wirksames Klimaschutz -Abkommen

- Die Finanzierung eines internationalen Klimaschutzabkommens wird mit 50% der Versteigerungserlöse abgesichert. Klimazölle werden ausgeschlossen. Der Emissionshandel soll langfristig auf weitere Sektoren ausgeweitet werden.

Mehr Effizienz und Planungssicherheit bei Erneuerbaren Energien

- Auf Initiative der FDP sollen die Vergütungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) häufiger überprüft werden (alle drei statt bisher vier Jahre) – dies schützt die Verbraucher, die die Einspeisevergütung zahlen, vor Überförderungen.
- Die rückwirkenden Eingriffe von Schwarz-Rot in die Vergütung bei modularen Biogas-Anlagen werden rückgängig gemacht. Dies schafft Planungssicherheit für Anlagenbetreiber.

Wiederbelebung des Marktes für reine Biokraftstoffe

- Die von Schwarz-Rot eingeführte Besteuerung reiner Biokraftstoffe wird abgesenkt, um den zusammengebrochenen Markt wiederzubeleben.

Besserer Schutz der Regenwälder

- Auf Initiative der FDP soll die Zertifizierung nachhaltigen Anbaus von Biomasse (z.B. Palmöl) auf Lebens- und Futtermittel ausgeweitet werden. So soll Palmöl aus Regenwaldzerstörung nicht nur bei Biokraftstoffen, sondern z.B. auch in der Margarine-Produktion ausgeschlossen werden.

Verbesserung des Lärmschutzes

- Anwohner von Militärflughäfen erhalten bessere Lärmschutzmaßnahmen
- Schrittweise Reduzierung des „Schienenbonus“ mit dem Ziel der Abschaffung Einführung lärmabhängiger Trassenpreise bei der Bahn

Stärkung des Wettbewerbs in der Entsorgungswirtschaft

- Auf Initiative der FDP sollen private und kommunale Entsorger in der Abfallwirtschaft steuerlich gleichgestellt werden.
- Neue Lösungen in der Abfallentsorgung werden erleichtert, Re-Kommunalisierungen verhindert.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

Höhere Flexibilität im Naturschutz

- Die Bundesländer erhalten auf Initiative der FDP die Kompetenz, Eingriffe in die Natur etwa bei Infrastrukturprojekten auch durch Geldzahlungen für überregionale Naturschutzmaßnahmen ausgleichen zu lassen.

Nachhaltigkeit

Generationenbilanzen

- Auf Initiative der FDP soll die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen durch Generationenbilanzen ergänzt werden. Dadurch soll Transparenz für mehr Generationengerechtigkeit geschaffen werden.

Bauen und Wohnen

Modernisierung des Mietrechts

- Energetische Sanierungen von Mietwohnungen werden zum Vorteil von Mietern und Eigentümern erleichtert.

CO2-Gebäudesanierungsprogramm

- Die KfW-Förderprogramme werden vereinfacht, um die Nutzung auch für private Vermieter attraktiv zu machen, die 40 Prozent des Wohnraums in Deutschland zur Verfügung stellen

Antragsverfahren

- In Abstimmung mit den Ländern wird angestrebt, Genehmigungsverfahren im Baurecht zu straffen. Das sogenannte Antragsverfahren soll eingeführt werden, wonach Bauanträge als genehmigt gelten, wenn die Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Frist Stellung bezieht

Betriebswirtschaftliche Verwaltung von Bundesbauten

- Das zuständige Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wird zu einer wirtschaftlich agierenden Bundesanstalt umgebaut

Mehr Toleranz für Kinderlärm

- Die Baunutzungsverordnung wird so geändert, dass in Zukunft auch in reinen Wohngebieten die Einrichtung von Kindertagesstätten in angemessener Größe ermöglicht wird. Ein wichtiger Beitrag für eine kinderfreundlichere Gestaltung unserer Städte und Gemeinden

Ernährung und Verbraucherschutz

Verbesserung der Bedingungen für die Grüne Gentechnik

- Auf Initiative der FDP soll das Zulassungsverfahren der EU wissenschaftsorientierter werden. Der Anbau der Gen-Kartoffel „Amflora“ für die industrielle Anwendung wird auch in Deutschland unterstützt.

Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnung

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Auf Initiative der FDP sollen Schlachtabfälle eingefärbt werden, um Gammelfleischskandale auszuschließen.
- Ein Ampelsystem zur Nährwertkennzeichnung wird ausgeschlossen. Allerdings soll die Kennzeichnung von Lebensmittel-Imitaten sowie der Herkunft von Lebensmitteln verbessert werden.

Landwirtschaft

Stärkere unternehmerische Landwirtschaft

- Auf Initiative der FDP wurde die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf die unternehmerische Landwirtschaft gestärkt. Das Auslaufen der Milchquote wird nicht mehr in Frage gestellt.

Agrardiesel

- Hinwirkung auf einheitliche Besteuerung des Agrardiesels auf europäischer Ebene. Bis dahin Weiterführung der Steuerermäßigung beim Agrardiesel.

Tourismus

Halber MwSt-Satz für Beherbergungsleistungen

- Ab dem 1.1.2010 soll der Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe auf 7 Prozent ermäßigt werden.
- Erarbeitung von Vorschlägen für die Neuordnung der Gemeindefinanzierung durch eine zu gründende Kommission

Finanzmärkte

Neue Insolvenzregeln für Banken statt Enteignung

- Für Kreditinstitute ist ein früh eingreifendes Reorganisationsverfahren vorzusehen. Hierdurch sollen Enteignungen vermieden und das Haftungsprinzip gestärkt werden.

Finanzaufsicht

- Geplante Verbesserung der Aufsicht über Finanzinstitute und Ratingagenturen.
- Die Bankenaufsicht soll bei der Deutschen Bundesbank zusammengeführt werden
- Schnelle Umsetzung der bereits begonnenen Reform der EU-Finanzmarktaufsicht

Benennung eines Kreditmediators

- Beschwerden von fremdkapital suchenden Unternehmen sollen in Abstimmung mit den entsprechenden Einrichtungen auf Länderebene von einem Kreditmediator gebündelt, und mit der Kreditwirtschaft versucht werden, konstruktive Lösungen zu finden.

Deutsche Einheit

- Die Koalition wird die Deutsche Einheit weiter voranbringen.
- Steigerung der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bleiben auch hier die zentralen Ziele.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Die Bundesländer benötigen einen Spielraum, um regionalen Besonderheiten gerecht zu werden. Die Vorschläge einer Expertenkommission sollen in Modellregionen umgesetzt werden.

II Bildungsrepublik Deutschland

Bildung und Forschung / Innovation

Bildung als Bürgerrecht

- Angestrebte Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen unter Wahrung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeit
- Aufwendung von 12 Mrd. Euro bis 2013, um damit den Anteil des Bundes zur Erreichung des 10-Prozent-Zieles zu leisten.
- Geplante mittelfristige Erhöhung der Stipendiaten von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden. Die Stipendien sollen ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig vergeben werden.
- Geplante öffentliche Bezuschussung der von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten eingeworbenen Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat bis zur Hälfte und Freistellung von der BAföG-Anrechnung.
- Unterstützung der Länder bei der Umgestaltung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer leistungsfähigen Servicestelle
- Fortentwicklung der Rahmenbedingungen des Erfolgsmodells der dualen Ausbildung. Dazu gehört die Flexibilisierung und Modularisierung der Angebote.
- Fortsetzung der Wissenschaftsinitiative – insbesondere mit dem Ziel Globalhaushalte einzuführen und die Möglichkeiten für Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen zu verbessern. Hierzu soll ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz (wie in NRW) vorgelegt und dieses durch notwendige untergesetzliche Maßnahmen ergänzt werden.

III Sozialer Fortschritt

Familie / Integration / Kultur / Neue Medien

Familie/Generationen

- In der Kinderbetreuung sollen weitere Maßnahmen für einen verbesserten qualitativen und quantitativen flexiblen Ausbau bei Trägervielfalt auch unter Einbeziehung von Tagespflege ergriffen werden und deren Vernetzung mit anderen familienunterstützenden Angeboten im Sinne von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern intensiviert werden.
- Die wissenschaftlichen Evaluation der familienbezogenen Leistungen soll konsequent fortgesetzt und entsprechender Vorschläge vorgelegt werden. Ziel sind konkrete Handlungsempfehlungen, um Leistungen wirksamer und effizienter zu gestalten und zu bündeln.
- Eine erfolgreiche Generationenpolitik soll vorangebracht werden, die es älteren Menschen möglichst lange erlaubt, ein unabhängiges und eigenverantwortliches Leben zu führen.
- Geplante Einführung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West noch in dieser Wahlperiode.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

Integration

- Unterstützung verbindlicher bundesweit vergleichbarer Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von vier Jahren und bei Bedarf einer verpflichtenden gezielten Sprachförderung vor der Schule.
- Bessere Regelung des Arbeitsmarktzugangs für Nichtdeutsche
- Schaffung eines gesetzlichen Anspruchs auf ein Anerkennungsverfahren in Abstimmung mit den Ländern, das feststellt, inwieweit im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen entsprechen.
- Gesellschaftliche Teilhabe soll nicht von der finanziellen und wirtschaftlichen Haushaltslage des Einzelnen oder von Familien abhängen.

Kultur

- Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring und Abbau von bürokratischen Hürden.

Arbeit / Soziales / Rente

Soziale Hilfe und Sozialversicherungen

- Deutliche Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Wesentliche Erhöhung des Freibetrages beim Schonvermögen im SGB II, der verbindlich der Altersvorsorge dient, auf 750 Euro pro Lebensjahr (Verdreifachung) und damit Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und der Altersvorsorge für Geringverdiener.
- Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen.
- Bestehende Optionskommunen sollen ihre Aufgaben unbefristet wahrnehmen können.
- Die BA erhält die Aufgabe, den Kommunen attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit zu unterbreiten.
- Pauschalierung der Unterkunftskosten im SGB II, Vereinfachung bei der Ermittlung des Wohngeldanspruchs und Überprüfung, ob steuerfinanzierte familienpolitische Leistungen zusammen gefasst werden können.
- Prüfung, ob die von den Familienkassen durchgeführte Auszahlung des Kindergeldes einer anderen Stelle übertragen werden kann.
- Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes
- Überprüfung des Leistungskataloges der Unfallversicherung

Bürgergeld

- Prüfauftrag zur Zusammenfassung steuerfinanzierter Leistungen (Konzept bedarfsorientiertes Bürgergeld) .

Menschen mit Behinderungen

- Entwicklung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Gesundheit / Pflege

Gesundheit

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden.
- Ein Wechsel in die private Krankenversicherung wird zukünftig wieder nach einmaligem Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze möglich sein.
- Die freie Arztwahl durch die Patienten ist Ausdruck eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Die Möglichkeit der Kostenerstattung soll ausgeweitet werden. Es dürfen dem Versicherten durch die Wahl der Kostenerstattung keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

- Neben dem bestehenden Umlageverfahren brauchen wir eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss.

IV Freiheit und Sicherheit

Innen, Justiz, Informationsgesellschaft + e-government

Innere Sicherheit und Bürgerrechte

- Festhalten am Trennungsverbot zwischen Polizei und Nachrichtendienst

Zugangerschwerungsgesetz (Netzsperrn)

- Internetsperren von kinderpornografischen Seiten finden nicht statt. Stattdessen wird in Zusammenarbeit mit dem internationalen Providernetzwerk „In-Hope“ der Versuch unternommen, die u.a. vom BKA festgestellten kinderpornografischen Netzseiten zu löschen.

Vorratsdatenspeicherung

- Die Anwendung der Vorratsdatenspeicherung wird ausgesetzt und über die vom Bundesverfassungsgericht erlassenen einstweiligen Anordnungen hinaus wesentlich weiter eingeschränkt. Bis zum Abschluss der anhängigen Beschwerdeverfahren beim Bundesverfassungsgericht dürfen die europarechtlich verbindlich auf Vorrat gespeicherten Daten zur Verfolgung von Straftaten nur noch zur Abwehr schwerer Gefahren für Leib, Leben und Freiheit einer Person erfolgen.

BKA-Gesetz / Online-Durchsuchung

- Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung gegenüber Maßnahmen des BKA wird verbessert. Dazu gehört auch, den Kernbereichsschutz in Fällen, in denen bislang gar kein Schutz vorgesehen ist, zu gewährleisten (so z.B. bei Ton- und Bildüberwachung außerhalb von Wohnungen). Verdeckte Ermittlungsmaßnahmen des BKA (wie z.B. TKÜ, Online-Durchsuchung, Rasterfahndung usw.) bedürfen zukünftig der Anordnung eines Richters am Bundesgerichtshof. Zudem muss der Antrag über die Generalbundesanwaltschaft laufen. Online-Durchsuchungen bleiben dem Verfassungsschutz vorenthalten und sind zu Zwecken der Strafverfolgung nicht zulässig

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

Schutz der Berufsgeheimnisträger

- Der Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor Ermittlungsmaßnahmen wird verbessert. Vollen Schutz genießen jetzt alle Rechtsanwälte, die bisherige Differenzierung zwischen Strafverteidigern und sonstigen Rechtsanwälten wird aufgehoben. Die Einbeziehung von Ärzten und Journalisten in den Schutzbereich wird geprüft.

Stärkung der Pressefreiheit

- Durch Änderung des Strafgesetzbuchs wird sichergestellt, dass zukünftig Journalisten, die vertrauliche erlangte Informationen veröffentlichen, nicht mehr der Beihilfe zum Geheimnisverrat bezichtigt werden können. Der Schutz vor Beschlagnahme von Recherchematerialien wird verstärkt.

Kein Bundeswehreinsatz im Inneren

- Der Einsatz der Bundeswehr im Innern wurde in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgewehrt.

Beschränkung der Kronzeugenregelung

- Die im Strafgesetzbuch geregelte Kronzeugenregelung wird so umgestaltet, dass die Möglichkeit der Strafmilderung nur dann eröffnet werden kann, wenn die Offenbarung des Täters im Zusammenhang mit seiner eigenen Straftat steht.

Datenschutz

- Das Bundesdatenschutzgesetz wird modernisiert. Es wird einerseits lesbarer und verständlicher formuliert und andererseits zukunftsfest und technikneutral ausgestaltet werden.
- Der Arbeitnehmerdatenschutz wird wesentlich gestärkt. Die Verarbeitung von Daten des Arbeitnehmers, die keinen unmittelbar dienstlichen Bezug haben, wird untersagt. Der Arbeitnehmerdatenschutz wird zentral in einem umfassenden Abschnitt im Bundesdatenschutzgesetz geregelt.
- Bei den Verhandlungen von internationalen und europäischen Abkommen wird ein höheres Datenschutzniveau durchgesetzt. D.h. strikte Zweckbindung und Löschung der Daten, Garantie eines effektiven Rechtsschutzes.
- Beim SWIFT-Abkommen soll ein automatisierter Zugriff auf die Bankdaten ausgeschlossen und die Übermittlung der Daten begrenzt werden, dies ist in die Verhandlungen auf EU-Ebene einzubringen.
- Errichtung einer Stiftung Datenschutz. Sie wird den Datenschutz von Produkten und Dienstleistungen prüfen, durch Bildung und Aufklärung den (Selbst-) Datenschutz stärken und ein Datenschutzaudit entwickeln.
- Die personelle und sachliche Ausstattung des Bundesbeauftragten für Datenschutz wird verbessert

Urheberrecht

- Es wird keine gesetzlichen Netzsperrern wegen Urheberrechtsverletzungen geben.
- Um das Urheberrecht in der modernen Medien- und Informationsgesellschaft weiterhin zu gewährleisten, wird das Urheberrecht im Rahmen des „Dritten Korbs“ reformiert.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Der Schutz des geistigen Eigentums im Internet wird, unter Wahrung des Datenschutzes, verbessert. Dafür werden Möglichkeiten der Selbstregulierung unter Beteiligung von Rechteinhabern und Internet Providern gefördert

Insolvenzrecht

- Das Insolvenzplanverfahren wird vereinfacht und im Sinne eines Restrukturierungsrechts stärker auf die Frühsanierung von Unternehmen ausgerichtet.
- Zur Vermeidung von Enteignungen und Stärkung des Haftungsprinzips wird für Kreditinstitute ein früh eingreifendes Reorganisationsverfahren eingeführt.
- Wiedereinführung der Gleichbehandlung aller Gläubiger. Dafür wird die Privilegierung der Sozialkassen beendet.

Jugendkriminalität

- Der Erziehungsgedanke bleibt Schwerpunkt des Jugendstrafrechts. Es wird keine generelle Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht geben.
- Konzepte zur Prävention werden gestärkt und weiter ausgebaut. Der Jugendstrafvollzug wird um den Warnschussarrest erweitert.
- Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts wird lediglich für den Tatbestand des Mordes erfolgen, wo die Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre angehoben wird.

Sexualstrafrecht

- Rückbesinnung auf einen differenzierenden Schutz von Kindern und Jugendlichen nach Altersstufen. Rücknahme der nicht europarechtlich verbindlichen Strafrechtsänderungen und Ablehnung weitergehender europäischer Vorgaben.
- Das Sexualstrafrecht wird nicht weiter verschärft.

Ausländer- und Asylrecht

- Erhöhung der Mobilität durch eine Lockerung der Residenzpflicht.
- Keine verdachtsunabhängige Warndatei für alle Visa-Antragssteller und Einlader.
- Verbesserung der Abschiebehaftbedingungen.
- Praxistest des Asylbewerberleistungsgesetzes im Hinblick auf das Sachleistungsprinzip.
- Evaluierung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht

Eingetragene Lebenspartnerschaft

- Die familien- und ehebezogenen Regelungen über Besoldung, Versorgung und Beihilfe werden auf Lebenspartnerschaften übertragen.
- Steuerliche Gleichstellung bei AG Finanzen

Sicherungsverwahrung

- Die Voraussetzungen der Anordnung der Sicherungsverwahrung werden mit Schließung von Schutzlücken harmonisiert. Dabei wird der Ausnahmecharakter der Sicherungsverwahrung durch Beschränkung auf schwerste Fälle beibehalten.

Mietrecht

- Die Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter werden vereinheitlicht.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Maßnahmen zur Verhinderung von Mietnomadentum und Luxussanierungen zur Entmietung werden ergriffen.
- Zweckgebundene staatliche Transferleistungen zu den Wohnkosten sollen künftig auch tatsächlich den Vermieter erreichen.
- Klima- und umweltfreundliche Sanierungen werden erleichtert. Über ihre Durchführung soll der Vermieter frei entscheiden und sie soll nicht zur Mietminderung berechtigen

Telekommunikationsüberwachung

- Die TKÜ wird einem Praxistest unterzogen.

Sterbehilfe

- Verbot der gewerbsmäßigen Sterbehilfe, aber nicht der unentgeltlichen Beratung.

Verfolgung von Straftaten von Soldaten im Auslandseinsatz

- Zur Verfolgung von Straftaten, die Soldaten in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen werden, wird eine zentrale Zuständigkeit der Justiz geschaffen.

Waffenrecht

- Einigkeit in der Einschätzung, dass es gegenwärtig keinen weiteren Veränderungsbedarf im Waffenrecht gibt.

V Sicherer Frieden

Außen, Verteidigung, Entwicklung, Europa

- Als wirkungsvollen Schritt gegen Protektionismus streben wir einen raschen Abschluss der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (Doha-Runde) an.
- Wir bekennen uns zur Stärkung der Vereinten Nationen und setzen uns für ihre umfassende Reform ein.
- Wir streben einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat an.

Deutschland in Europa

- 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien.
- Ablehnung einer EU-Steuer oder die Beteiligung der EU an nationalen Steuern und Abgaben.
- Ergebnisoffene Führung der Erweiterungsverhandlungen. Die strikte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bleibt Voraussetzung für einen Beitritt. Maßgeblich sind in allen Fällen sowohl Beitrittsfähigkeit der Kandidaten als auch die Aufnahmefähigkeit der EU.

Wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik

- Nutzung von Chancen im transatlantischen Verhältnis.
- Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker unserer gemeinsamen Sicherheit.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Abrüstung und Rüstungskontrolle verstehen wir nicht als einen Verlust an Sicherheit, sondern als zentralen Baustein einer globalen Sicherheitsarchitektur.
- Russland soll im Kurs der Modernisierung und des Abbaus der Defizite bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unterstützt werden.

Deutschland in internationaler Verantwortung

- Der Rechtsstaatsdialog mit China ist zu intensivieren.
- Wir wollen ein ressortübergreifendes Konzept zur langfristigen Ausgestaltung unserer Lateinamerikapolitik erarbeiten.
- Auch für Afrika soll es ein solches Konzept geben.
- Im Nahen Osten treten wir für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Wir setzen in der Region auf einen Verhandlungsansatz nach dem Vorbild des KSZE-Prozesses.
- Die zivile Nutzung der Kernenergie im Iran darf kein Sicherheitsrisiko für andere Staaten bedeuten.
- Wir halten in Afghanistan am Konzept der vernetzten Sicherheit fest. Ressortübergreifende Anstrengungen sollen gebündelt werden. Auch die Stabilisierung Pakistans ist zu fördern.

Internationale Einsätze

- Militärisches Handeln nur im Rahmen der VN, der NATO oder der EU.
- Kultur der Zurückhaltung. Vernetzte Sicherheitspolitik.
- Wir streben eine Kammer zur Verfolgung von Piraterie beim Internationalen Strafgerichtshof an.
- Die Bundesregierung wird dem Parlament regelmäßig berichten. Die Koalition legt Initiativen zur Schaffung eines Vertrauensgremiums vor.

Bundeswehr

- Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.
- Der Bundesminister der Verteidigung setzt eine Kommission ein, die einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bundeswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, zu erarbeiten hat.

Menschenrechte schützen

- Der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bedarf stärkerer Unterstützung.

Auswärtige Kulturpolitik

- Der Förderung der deutschen Sprache im Ausland wird besondere Beachtung beigemessen.
- Dem Dialog mit dem Islam kommt besondere Bedeutung zu.
- Auswärtige Kulturpolitik soll auch die europäische Identität stärken und zur innereuropäischen Integration beitragen.

Entwicklungszusammenarbeit.

- Ziel ist die Armutsbekämpfung.

Verhandlungserfolge der FDP in den Koalitionsverhandlungen

- Dies erfordert die intensive Einbindung und Stärkung aller in der Entwicklungsarbeit Tätigen wie auch eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft. Den politischen Stiftungen kommt dabei eine herausgehobene Funktion zu.
- Wirksamkeit der Entwicklungsarbeit ist zu stärken durch Konzentration auf z.B. gute Regierungsführung, Bildung/Ausbildung, Gesundheit.
- Wir werden die Zusammenarbeit mit Schwellenländern zu Partnerschaften in gegenseitiger Verantwortung weiterentwickeln.
- Entschuldung von Entwicklungsländern werden wir nur bei transparenter Haushaltsführung, Bekämpfung der Korruption und Misswirtschaft gewähren.
- In der Struktur der Entwicklungszusammenarbeit sind Doppelstrukturen aufzulösen, Synergien zu nutzen.
- Wir streben eine einheitliche Entwicklungszusammenarbeit der EU an.
- Ein wichtiges Anliegen ist für uns die Stärkung der Eigenfinanzierung der Entwicklungsländer.